

## **Die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrates in der 47. Legislaturperiode (2003 - 2007)**

### **Inhaltsübersicht**

- 1 Auftrag
- 2 Behandelte Geschäfte in der 47. Legislaturperiode (2003 - 2007)
- 3 Zusammensetzung der Kommission und der Subkommissionen
- 4 Zeitaufwand der Kommission
- 5 Bemerkungen zu den Kommissionsarbeiten
- 6 Ausblick: wichtige Themen in der 48. Legislaturperiode 2008 - 2011 im  
Zuständigkeitsbereich der Sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrates  
(nach heutigem Kenntnisstand)

### **1 Auftrag**

Gemäss Artikel 44 Absatz 1 des Parlamentsgesetzes haben die Legislativkommissionen folgenden Auftrag:

- a. Sie beraten die ihnen zugewiesenen Geschäfte zuhanden ihres Rates vor.
- b. Sie beraten und entscheiden über die ihnen vom Gesetz zur abschliessenden Beratung zugewiesenen Geschäfte.
- c. Sie verfolgen die gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen in ihren Zuständigkeitsbereichen.
- d. Sie arbeiten Vorschläge in ihren Zuständigkeitsbereichen aus.
- e. Sie unterbreiten der Konferenz der Präsidien der Aufsichtskommissionen und -delegationen Anträge oder dem Bundesrat Aufträge für Wirksamkeitsüberprüfungen und wirken bei der Schwerpunktsetzung mit.
- f. Sie berücksichtigen die Resultate von Wirksamkeitsüberprüfungen.

Durch Bürobeschluss vom 8.11.1991 und gemäss späteren Änderungen wurden der Sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrates folgende Sachbereiche zugewiesen:

- Sicherheitspolitik und militärische Verteidigung
- Zivilschutz
- Wirtschaftliche Verteidigung
- Zivildienst
- Abrüstung
- Kriegsmaterialexporte

## 2 Behandelte Geschäfte in der 47. Legislaturperiode (2003 – 2007)

### 21 Überblick über die behandelten Geschäfte

Die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrates hat insgesamt 185 Geschäfte (vor-)beraten. Diese Geschäfte teilen sich in folgende Kategorien auf:

	<b>Geschäftstyp</b>	<b>Anzahl</b>	<b>Anmerkungen</b>
a.	Volksinitiativen	1	
b.	Erlassentwürfe des Bundesrates	26	
c.	Berichte des Bundesrates	8	
d.	Mitberichte zu Erlassentwürfen des Bundesrates	4	
e.	Vorprüfungen von Parlamentarischen Initiativen	15	<i>Folge gegeben: 4 Keine Folge geben: 11</i>
e <sup>bis</sup> .	Stellungnahmen zu positiven Vorprüfungen der Schwesterkommission	1	<i>Folge gegeben: 1</i>
f.	Vorprüfungen von Standesinitiativen	0	
g.	Ausarbeitung einer Vorlage (Pa.IV. / Kt.IV. 2. Phase, Komm.IV.)	3	<i>davon 1 auf Antrag der Kommission abgeschrieben</i>
h.	Vorlagen des anderen Rates (von einer Kommission des anderen Rates ausgearbeitete Pa.IV.)	0	
i.	Kommissionsvorstösse	9	<i>3 Motionen und 6 Postulate</i>
j.	Motionen des anderen Rates	5	<i>davon eine mit Änderungen angenommen</i>
k.	Petitionen	9	<i>alle Kenntnisnahme ohne weitere Folge</i>
l.	Interne Geschäfte	100	
m.	Spezialfälle	4	<i>Prüfung von Leistungsaufträgen</i>
	<b>Total</b>	185	

### 22 Vorlagen des Bundesrates

Die SiK-NR behandelte u.a. folgende Vorlagen des Bundesrates:

- Änderung der Armeeorganisation
- Rüstungsprogramme 2004, 2005, 2006 und 2007
- Immobilienbotschaften des VBS 2005, 2006, 2007 und 2008
- Armeeeinsätze zugunsten der zivilen Behörden (Assistenzdienste)
- Zivile Friedensförderung (Beiträge an die drei Genfer Zentren und die ETHZ)
- Volksinitiative "gegen Kampfjetlärm in Tourismusgebieten"
- WEF in Davos 2007-2009 sowie EURO 08: Assistenzdiensteinsätze der Armee
- Revision des Waffengesetzes
- Schweizer Beteiligung an der KFOR. Verlängerung des Swisscoy-Einsatzes
- Botschaft zum Bundesbeschluss über die Entsendung von Lufttransportmitteln der Armee zur Unterstützung der humanitären Hilfeleistungen des UNHCR in Indonesien

- Friedensförderungseinsätze von Schweizer Armeeangehörigen in der EUFOR in Bosnien-Herzegowina
- Sicherung des Luftraums gegen nichtmilitärische Bedrohungen aus der Luft. Abkommen mit Italien, Frankreich, Deutschland und Österreich
- Entlastungsprogramm 2004. Konsequenzen für die Armee
- Motionen und Postulate der gesetzgebenden Räte. Berichte 2003/04/05 und 2006
- Bilaterale Abkommen II. Genehmigung. Revision des Waffengesetzes und des Kriegsmaterialgesetzes.

### **23 Vorprüfung von parlamentarischen Initiativen / Standesinitiativen**

Die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrates hat im Berichtszeitraum 16 parlamentarische Initiativen (davon eine Initiative aus dem Ständerat) vorgeprüft und in fünf Fällen beantragt, Folge zu geben. Dabei konzentrierte sich die Tätigkeit der Kommission vor allem auf die Umsetzung der parlamentarischen Initiative Lalive d'Epina y (02.403), welcher der Nationalrat schon am 23. September 2003 Folge gegeben hatte. Gegen Ende der Legislatur wurden die Subkommissionsarbeiten zu Verfahrensfragen betreffend der Rüstungsprogramme (05.436) sowie zur Frage eines regelmässig aktualisierten Strategieberichts (06.447) aufgenommen. Standesinitiativen wurden keine vorgeprüft.

### **24 Übrige Aktivitäten**

Ausserhalb der von den Ratsbüros zugewiesenen Geschäfte behandelte die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrates im Sinne von Art. 44 Abs. 1 Bst. c und d (siehe Punkt 1) verschiedene aktuelle Probleme aus ihrem Zuständigkeitsbereich. Diese Tätigkeiten lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Mehrere Aussprachen mit den Vorstehern von VBS und EJPD sowie mit Vertreterinnen und Vertretern der Kantone über die Reorganisation der inneren Sicherheit;
- eine Reihe von Anhörungen zu folgenden Themen: Nachrichtendienste, Entwicklungsschritt 08-11, Situation und Ausbildung von Berufsoffizieren, Situation der Miliz, Planungsstab der Armee, Aufwuchsfähigkeit (insbesondere der Rüstungsindustrie), Waffen, Katastrophenmanagement bei den Unwettern vom August 2005;
- ein Besuch der RUAG Aerospace in Oberpfaffenhofen (Deutschland);
- vier Konsultationen zu Leistungsaufträgen an Bundesämter gemäss Art. 44 RVOG;
- Treffen (oft zusammen mit der SiK-SR) mit ausländischen Delegationen (Bosnien-Herzegowina, Schweden, Präsident des montenegrinischen Parlaments);
- Treffen zwischen der Präsidentin bzw. dem Präsidenten der SiK-NR und ausländischen Verteidigungsministern, die als Gast des Chef VBS auf Besuch in der Schweiz waren.

Seit Beginn dieser Legislaturperiode ist zudem die Delegation der Bundesversammlung bei der parlamentarischen Versammlung der NATO (NATO-PV) eine ständige Delegation. Ihr gehören die Präsidentinnen bzw. Präsidenten und die Vizepräsidentinnen bzw. Vizepräsidenten beider Sicherheitspolitischen Kommissionen an. Die Delegation nahm an diversen Aktivitäten der PV NATO teil (insbesondere an den jeweils zwei jährlichen Sessionen, an verschiedenen thematischen Seminaren insbesondere auf dem Balkan sowie an Tätigkeiten der Ausschüsse der Versammlung).

Die NATO-PV-Delegation erstellt jeweils einen eigenen Jahresbericht zuhanden der Räte.

Schliesslich haben fünf hierfür gebildete Subkommissionen der SiK-NR jedes Jahr Truppen besucht. Bei diesen traditionellen und gut bewährten Truppenbesuchen geht es einerseits darum, mit den Armeeangehörigen (Milizkader, Berufsmilitär, Zeitmilitär, Soldaten, Rekruten) direkt ins Gespräch zu kommen und einen Eindruck betreffend die Stimmung bei der Truppe zu erhalten. Des weiteren wollte sich die Kommission vor Ort darüber informieren, wie die Truppe den Übergang zur Armee XXI erlebt, wie vom Parlament genehmigte neue Rüstungsgüter oder persönliche Ausrüstungen eingeführt oder wie die Anlagen und Bauten betrieben werden, für welche die eidgenössischen Räte Kredite gesprochen haben. Im Berichtszeitraum besuchte die Kommission zahlreiche Rekrutenschulen und WK-Truppen bei Heer und Luftwaffe, das SWISSINT, Rekrutierungszentren, eine Logistikbrigade, das GWK, eine Florako-Station, ein Einsatzelement der Militärischen Sicherheit sowie das Kommando der Sonderoperationskräfte.

### **3 Zusammensetzung der Kommission und der Subkommissionen**

#### **31 Präsidium**

Präsidentin Wintersession 2005 - Wintersession 2007:

Barbara Haering (SP, ZH)

*Zum ersten Mal in der Geschichte der Eidgenossenschaft wurde die Kommission durch eine Frau präsidiert*

Vizepräsident Wintersession 2005 - Wintersession 2007:

Ulrich Schlüer (SVP, ZH)

Präsident Wintersession 2003 - Wintersession 2005:

Eduard Engelberger (FDP, NW)

Vizepräsidentin Wintersession 2003 - Wintersession 2005:

Barbara Haering (SP, ZH)

#### **32 Mitglieder der Kommission**

Zusammensetzung der Kommission seit der Wintersession 2003:

Banga, Bezzola, Borer, Büchler, Bugnon, Burkhalter, Donzé, Engelberger, Garbani, Günter, Haering, Haller, Hollenstein, Imfeld, Lang, Leu, Loepfe, Miesch, Oehrli, Salvi, Schlüer, Siegrist, Vaudroz, Wasserfallen, Widmer.

Seit Beginn der Legislaturperiode hat sich die Zusammensetzung der Kommission wie folgt geändert (Austritte und neue Mitglieder seit Beginn der Wintersession 2003):

- John-Calame ersetzt Hollenstein seit Juni 2006
- Glanzmann-Hunkeler ersetzt Leu seit Juli 2006
- Humbel Näf ersetzt Imfeld seit August 2006
- Hutter Markus ersetzt Wasserfallen seit Februar 2007
- Müller Walter ersetzt Bezzola seit März 2007
- Aubert ersetzt Salvi seit Juni 2007

### 33 Subkommissionen

Die Kommission hat folgende Subkommissionen gebildet:

- Subkommission „Rüstungsprogramme und SIPOL B“ (laufend):  
*Büchler, Burkhalter, Lang, Schlüer, Widmer*
- Subkommission „Nachrichtendienst“ (abgeschlossen):  
*Haering, Büchler, Donzé, Schlüer, Vaudroz;*
- Subkommission „Leichte Transport- und Schulungshelikopter“ (abgeschlossen):  
*Schlüer, Büchler, Burkhalter, Günter;*
- sowie die fünf bereits erwähnten Subkommissionen für die Truppenbesuche (deren Zusammensetzung ändert von Jahr zu Jahr).

### 34 Sekretariat

- Pierre-Yves Breuleux, Kommissionssekretär (Beschäftigungsgrad: 90%)
  - Martin Hasler-Jäggi, stellvertretender Kommissionssekretär (Beschäftigungsgrad: 70%)
  - Odile de Raemy, administrative Sekretärin (Beschäftigungsgrad: 60%)
  - Ursula Jeanmonod, administrative Sekretärin (Beschäftigungsgrad: 50%)
- (dasselbe Sekretariat ist auch für die SiK-N sowie die administrativen Belange der beiden Kommissionen für öffentliche Bauten zuständig)

## 4 Zeitaufwand der Kommission

### 41 Kommission

Die Kommission hielt insgesamt 37 Sitzungen ab (ohne Sitzungen während der Sessionen), was 66 Sitzungstagen bzw. 345.50 Sitzungsstunden gleichkommt (durchschnittlich knapp 5,23 Stunden pro Sitzungstag).

### 42 Subkommissionen

Die Subkommissionstätigkeit erforderte insgesamt 34 Sitzungen (ohne Sitzungen während der Sessionen), was 34 Sitzungstagen bzw. 120.50 Sitzungsstunden gleichkommt (durchschnittlich knapp 3,55 Stunden pro Sitzungstag).

## 5 Anmerkungen zur Kommissionstätigkeit

### 51 Prüfung von Bundesratsvorlagen

Die umstrittenste Vorlage dieser Legislaturperiode war zweifelsohne die Änderung der **Armeeorganisation** (06.050). Die bundesrätliche Vorlage sah eine Redimensionierung der Mittel zur Abwehr eines Angriffs auf unser Land und dafür eine Verstärkung der Fähigkeiten der Armee für subsidiäre Einsätze und die Raumsicherung vor (“Entwicklungsschritt 08-11“) – dies alles weiterhin im Rahmen des Sicherheitspolitischen Berichts 2000. Der Nationalrat hat die Vorlage an der Session in Flims (Herbst 2006) nach ausführlicher Debatte in der Gesamtabstimmung abgelehnt, obwohl sich die SiK-N zuvor für Zustimmung ausgesprochen hatte. Der Ständerat folgte

– nach ausführlichen Anhörungen und Beratungen in der SiK-S – dem Bundesrat, schlug jedoch vor, die Anzahl Panzerbataillone von acht auf sechs statt auf vier zu reduzieren (*die Festlegung der Anzahl Bataillone liegt allerdings gemäss aktueller Rechtslage in der Kompetenz des Bundesrates*). Beide Räte folgten schliesslich der ursprünglich von der SiK-SR vorgeschlagenen Lösung.

Ebenfalls höchst umstritten waren die **Rüstungsprogramme 2004 und 2005**. Am 17. März 2005 haben die Räte zum ersten Mal in der neueren Geschichte ein gesamtes Rüstungsprogramm (04.036) abgelehnt. Während sich eine Mehrheit des Nationalrates gegen den Kauf von Transportflugzeugen und Minenräumungspanzern aussprach, war der Ständerat lediglich gegen die Beschaffung von Minenräumpanzern (was schliesslich auch dem Vorschlag der Einigungskonferenz entsprach). Dreimal hatte die SiK-NR ihrem Rat erfolglos beantragt, das gesamte Rüstungsprogramm zu genehmigen. Beim Rüstungsprogramm 2005 (05.044) hatte die Beschaffung von leichten Transport- und Schulungshelikoptern vor allem im Nationalrat heftige Diskussionen ausgelöst. Nach der Ablehnung des Vorschlags, eine Subkommission zur Abklärung dieser Frage einzusetzen, zwang der Nationalrat mit einer Kreditsperre die SiK-NR, auf die Angelegenheit zurückzukommen. Dank dieser zusätzlichen Arbeiten konnten schliesslich die Zweifel beseitigt werden, die hinsichtlich der Unparteilichkeit des Evaluationsverfahrens bestanden hatten. Doch kamen so mehrere Mängel ans Licht, die auf das sehr schnelle Verfahren zurückzuführen waren. Die Angelegenheit konnte schliesslich mit der von der Kommission vorgeschlagenen Lösung (Einbezug eines zusätzlichen Flugsimulators für den Transporthelikopter TH 98 Cougar) geregelt werden. Nachdem die Kommission somit zweimal im Rat gescheitert ist, befasst sich die SiK-NR seit 2006 mit der Frage, wie das Verfahren bei der Behandlung der Rüstungsprogramme verbessert werden könnte (beispielsweise mit der Schaffung einer ständigen Subkommission).

Ausserdem prüfte die SiK-NR in dieser Legislaturperiode eine Reihe von Botschaften zu den **subsidiären Einsätzen der Armee**. Zum ersten Mal sah sich die Kommission mit Sammelanträgen des Bundesrates konfrontiert (Genehmigung des Armeeeinsatzes im Rahmen des WEF für zwei bzw. drei Jahre, gleichzeitige Genehmigung der Verlängerung der subsidiären Einsätze für den Botschaftsschutz, die Unterstützung des Grenzwachtkorps und der zivilen Flugsicherheitsbegleitung). Darüber hinaus prüfte die Kommission mehrere **Auslandeinsätze der Armee** (Verlängerung des Swisscoy-Mandats und Einsätze in Bosnien-Herzegowina sowie Indonesien).

Intensiv befasste sich die Kommission in dieser Legislaturperiode auch mit dem **Waffengesetz**: zuerst im Rahmen der Bilateralen II, dann im Rahmen einer durch den Bundesrat vorgelegten umfassenden Revision.

Schliesslich prüfte die SiK-NR auch vier **Abkommen** (mit Frankreich, Italien, Deutschland und Österreich) zur Sicherung des Luftraums gegen nichtmilitärische Bedrohungen aus der Luft sowie die bundesrätliche Botschaft zur Volksinitiative "gegen Kampfjetlärm in Tourismusgebieten".

Die Sicherheitspolitischen Kommissionen nutzten die vom Parlamentsgesetz vorgesehenen neuen Instrumente (vertieftes Informationsrecht und Möglichkeit bei einer Verordnung des Bundesrates im Vorfeld konsultiert zu werden). So erhielten sie zusätzliche interne Berichte (z.B. zu den Auslandeinsätzen) und wurden im Rahmen der Verordnung über den Truppeneinsatz zum Schutz von Personen und Sachen im Ausland (VSPA) konsultiert.

## **52 Vorprüfung von parlamentarischen Initiativen / Standesinitiativen**

Vor allem in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode hatte sich die Kommission mit verhältnismässig vielen parlamentarischen Initiativen zu befassen; Standesinitiativen lagen ihr keine vor. Die SiK-NR beantragte bei elf zu beurteilenden parlamentarischen Initiativen, nicht Folge zu geben. Bei fünf Initiativen beantragte die SiK-NR Folge geben, wobei bei zwei Initiativen sich die SiK-SR dagegen aussprach (05.466 betr. Rüstungsprogramme und 06.405 betreffend Durchdiener) und eine Initiative (05.443) aus dem Ständerat stammte. Somit wurden schliesslich zu drei Initiativen Subkommissionen eingesetzt (siehe nachfolgendes Kapitel 5.3).

## **53 Ausarbeitung von Gesetzes- und Beschlusssentwürfen ("2. Phase" von parlamentarischen und kantonalen Initiativen / Kommissionsinitiative)**

In diesem Bereich konzentrierte sich die Kommissionstätigkeit auf die Umsetzung der parlamentarischen Initiative Lalive d'Epinay (02.403), welcher der Nationalrat am 23. September 2003 Folge gegeben hatte. Sie setzte zu diesem Zweck eine Subkommission ein. Diese leistete im Jahre 2004 beträchtliche Arbeit, indem sie Vertreter sämtlicher betroffenen Kreise anhörte. Dabei wurden erhebliche Lücken bei der Koordination der Nachrichtendienste festgestellt. Da der Nachrichtendienst in den Augen der SiK-NR aber hauptsächlich im Zuständigkeitsbereich der Exekutive liegt, beantragte die Kommission schliesslich, die Initiative Lalive d'Epinay abzuschreiben und den Bundesrat in einer Motion (05.3001) mit der Ausarbeitung eines Gesetzes über den Nachrichtendienst zu beauftragen. Dieser Auftrag wurde nach der ständerätlichen Prüfung der Motion etwas abgeschwächt: Demnach musste der Bundesrat lediglich bis Ende 2006 Bericht erstatten über die Zweckmässigkeit eines solchen Gesetzes. Hingegen haben die Kommissionsarbeiten aufgezeigt, dass die Geschäftsprüfungsdelegation (GPDel) ihre Aufgabe als Oberaufsicht vollumfänglich erfüllt. Die SiK-NR hat bei der Verwaltungsdelegation der eidgenössischen Räte sogar darauf hingewirkt, dass die Mittel der GPDel aufgestockt werden. Gegen Ende der Legislaturperiode (Juli 2007) wurde zudem eine Subkommission eingesetzt, welche gleichzeitig Lösungen zur Frage des Verfahrens bei Rüstungsbeschaffungen (05.436) sowie die Frage der Periodizität der Strategieberichte als Grundlage der Sicherheitspolitik der Schweiz (06.447) zu erarbeiten hat. Abgesehen davon veranlasste die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrates den Bundesrat über ein Postulat zu prüfen, wie namentlich bei Ereignissen von nationaler Bedeutung die Führung des Bundes und die Koordination mit den Kantonen zu erfolgen hat.

## **54 "Regelmässige Verfolgung der gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen" (ParlG Art. 44 Abs. 1 Bst. c)**

Auf diesem Gebiet waren die Sicherheitspolitischen Kommissionen äusserst aktiv, obschon die Bundesratsvorlagen zunehmend komplexer geworden sind (vor allem die Rüstungsprogramme). Die SiK konnten sich dieser Aufgabe vollumfänglich widmen und als gewichtige Gesprächspartner des VBS auftreten. Dies ermöglichte ihnen zuweilen, sich schon sehr früh in das Prozedere einzuschalten (beispielsweise bei der Armee XXI) und schon von Anfang an die Stossrichtung mitzubestimmen. Aus der Liste der internen Geschäfte ist ersichtlich, dass die SiK in all ihren Zuständigkeitsbereichen regelmässig Überprüfungen vorgenommen hat. Dabei wurde die Arbeit der beiden Kommissionen auf bestmögliche Weise koordiniert.

## **55 Koordination mit den anderen Kommissionen**

Die Zusammenarbeit mit den anderen Legislativkommissionen sowie mit der Geschäftsprüfungskommission des Nationalrates und mit der Geschäftsprüfungsdelegation kann als gut bezeichnet werden. Probleme – insbesondere terminlicher Art (Mitberichte) – zeigten sich höchstens bei der Zusammenarbeit mit der Finanzkommission des Nationalrates.

Da die Sicherheitspolitischen Kommissionen sich mit einer Vielzahl interner Geschäfte befassten, war es praktisch unumgänglich, dass sie Themen behandelten, mit denen sich auch andere Kommissionen beschäftigten:

Dies gilt insbesondere für die Geschäftsprüfungskommissionen bzw. für die Geschäftsprüfungsdelegation, die sich parallel zu den SiK mit den Nachrichtendiensten, der Kriegsmaterialausfuhr, der Eigenerstrategie des Bundes bei der RUAG, den Sonderoperationskräften, der Krisenführung durch den Bundesrat, der Revision des Bundesgesetzes über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit sowie mit der Situation der Berufsmilitär befassten. Die Sicherheitspolitischen Kommissionen bemühten sich, ihre Zuständigkeitsbereiche nicht zu überschreiten und sich bei der Prüfung dieser Geschäfte auf die sicherheits- und verteidigungspolitischen Aspekte zu beschränken. Der Informationsaustausch zwischen den Kommissionen hat dabei stets gut funktioniert.

Das Gleiche gilt für die Kommissionen für öffentliche Bauten (Immobilien des VBS), die Aussenpolitischen Kommissionen (Sicherheitspolitik der NATO und der EU, Swisscoy, Einsatz von Schweizer Armeeangehörigen in Teheran für den Botschaftsschutz), die Kommissionen für Wissenschaft, Bildung und Kultur (EURO 08), die Kommissionen für soziale Sicherheit und Gesundheit (Situation der Militärdienst leistenden Lehrlinge) und die Kommissionen für Rechtsfragen (innere Sicherheit, Militärjustiz). Problematisch war lediglich im Nationalrat die Koordination mit der Finanzkommission, welche sich nicht immer mit einer bloss finanzpolitischen Beurteilung begnügen wollte (insbesondere betr. Rüstungs- und Immobilienprogramme des VBS). Dies veranlasste die SiK, bei der FK-NR in dieser Angelegenheit zu intervenieren.

## **56 Mitwirkung des Parlamentes in der Aussenpolitik**

Gemäss Art. 152 Abs. 2 Parl G informiert der Bundesrat die Ratspräsidien und die für die Aussenpolitik zuständigen Kommissionen regelmässig, frühzeitig und umfassend über wichtige aussenpolitische Entwicklungen. Da die Sicherheitspolitik stark von der Aussenpolitik geprägt ist, waren die SiK auch auf diesem Gebiet aktiv. So reisten verschiedene Kleindelegationen (die sich häufig aus den Kommissionspräsidentinnen bzw. -präsidenten oder auch aus anderen Kommissionsmitgliedern zusammensetzten) insbesondere auf den Balkan, u.a. nach Bosnien und Serbien, aber auch nach Albanien und in den Kosovo. Hinzu kamen diverse Auslandsreisen im Rahmen der NATO-PV.

## **6 Ausblick: wichtige Themen der 48. Legislaturperiode (2007 – 2011) im Zuständigkeitsbereich der Sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrates (nach heutigem Kenntnisstand)**

- Armeeperspektiven:
  - Umsetzung des Entwicklungsschrittes 2008-2011 bzw. der Armee XXI (Controlling im Rahmen des Artikels 149b des Militärgesetzes)
  - Aufwuchs
  - Situation beim Berufsmilitär
  - Wehrpflicht - Dienstpflicht
  - Rüstungsfragen
  - Aufgaben der Luftwaffe, Kampfflugzeugbeschaffung
- Revision des Militärgesetzes 09
- Revision des Zivildienstgesetzes (Tatbeweis)
- Terrorismusbekämpfung
- Immobilienbotschaft VBS (jährlich)
- Rüstungsprogramm (jährlich)
- Reorganisation der inneren Sicherheit: Grenzschutz gemäss Umsetzung des Schengen-Abkommens, Koordination mit den Kantonen (Resultate der Plattform KKJPD-VBS) bzw. Unterstützung der Kantone (z.B. im Rahmen des WEF)
- Nachrichtensysteme
  - Koordination (gemäss parlamentarischer Initiative Hofmann, 07.404)
  - Stärkung der politischen Führung
- Auslandseinsätze der Armee
  - Verlängerung laufender Einsätze (Swisscoy in Kosovo; Bosnien, Afghanistan)
  - weitere Friedensförderungseinsätze
- Schutzanlagen und Schutzräume (gemäss Mo. 05.3715 und Pa. Iv. 05.400)